Herausgeber/innen:

Allgemeines Syndikat Nordhessen (ASN)
c/o Freies Radio Kassel,
Sandershäuser Str. 34
34123 Kassel, Germany
asn.kassel@freenet.de

Anarchosyndikat "eduCat"
c/o Buchladen "Le Sabot"
Breite Str. 76,
53111 Bonn, Germany
educat@anarchosyndikalismus.org

Webseite:
http://anarchosyndikalismus.org

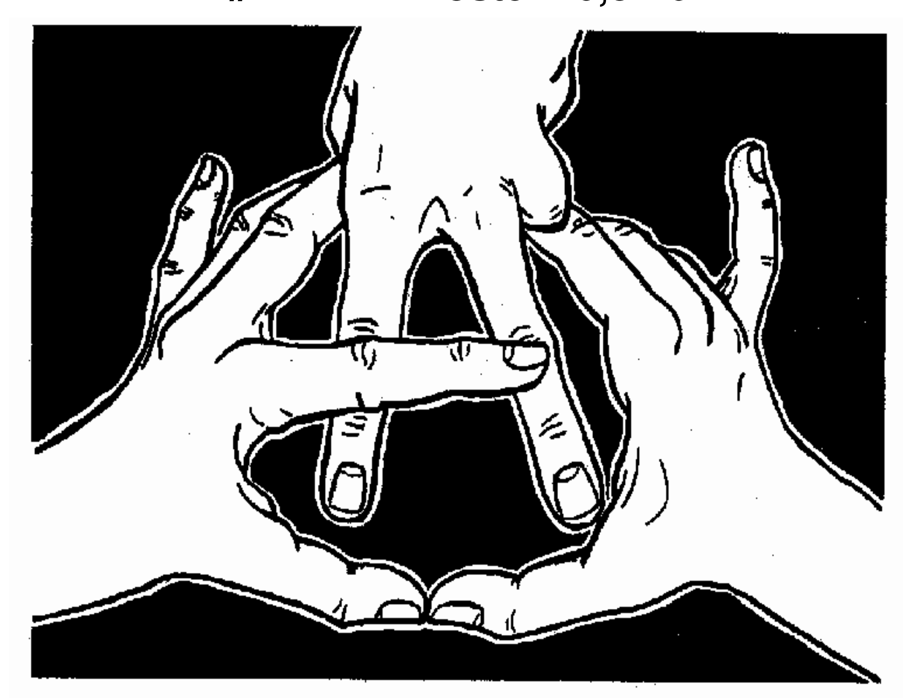


[Redaktionsschluss: Herbst 2007; ViSdP: A. Nashie, Bonn]

SchwarzRote Feder

anarchosyndikalistisches Magazin

#1 Kosten: 0,84 €



Inhalt:

Sozialer Wandel statt Klimawandel!

Dieses Jahr sind ungefähr 25 Millionen Menschen von der Ernährungskrise in der Region Sub-Sahara betroffen. Die katastrophalen Auswirkungen der globalen Erwärmung können schon weltweit gespürt werden.

Die Verbreitung von Tod, Obdachlosigkeit und Zerstörung, die durch den Anstieg des Meeresspiegels verursacht wird. Aber auch das immer „verrücktere" Wetter, Wirbelstürme und Tornados, die Hochwasser und Erdrutsche verursachen, sowie starke Trockenheit und Wüstenbildung.
Die globale Erwärmung ist ausgelöst durch das von Menschen gemachte Kohlendioxid [1], das sich in der Erdatmosphäre sammelt. Dort führt es zu einer gefährlichen Steigerung des Klimawandels und des extremen Wetters. Die Hauptursachen dafür sind der mit Benzin betriebene Strassen- und Luftverkehr, aber auch die mit fossilen Brennstoffen [2] betriebenen Fabriken und die Landwirtschaftsindustrie (zusammen 85%), sowie die fossile Stromgewinnung. Firmen und Regierungen sind die beiden Blutsauger, die für diese miese Lage verantwortlich ist, in der wir stecken: 122 private und staatliche Firmen (*Shell*, *Exxon*, *BP* und andere) sind verantwortlich für 80% des weltweiten Kohlendioxid-Ausstosses.

Falsche Lösungen

Sogar die US-Regierung gibt offiziell zu, dass der Klimawandel eine grössere Gefahr für die Menschheit bedeutet als der internationale Terrorismus. Die einzigen Leute, die das zu widerlegen versuchen, sind professionelle Lügner/innen, die von den grossen Ölfirmen gezahlt werden. Nun geben die Politiker/innen und ihre Geldgeber/innen zu, dass jede wirkliche Veränderung „politisch unrealistisch" ist. Das macht sie ganz wild auf „technische Lösungen", die die Ursachen nicht antasten. Atomenergie [3] ist ihr Liebling, den sie mit der Lüge verkaufen, dass es kein Kohlendioxid produziert. Die höchst gefährlichen Abfälle und die unsichere Endlagermöglichkeit machen die Atomenergie verwundbar gegenüber terroristischen Anschlägen und fördert die Herstellung von Atomwaffen. Ausserdem ist die Atomenergie so teuer, dass sie massive staatliche Förderung benötigt. Dazu kommt, dass sie stark von dem schwindenden Vorrat an Uran anhängig ist. Die Industrie hat eine lange und unrühmliche Geschichte von „Unfällen", Katastrophen (wie Tschernobyl [4]) und Gesundheitsrisiken.

Der Handel mit Emissionen (also Verschmutzungen) und das Vergraben des Kohlendioxids unter dem Meeresgrund sind wie der Straussenvogel, der den Kopf in den Sand steckt, um nicht gesehen zu werden. Nichts davon wird das Kohlendioxid vermindern. „Grüne Steuern" [5] zielen eher auf die „Konsument/innen", wie Autofahrende, anstatt auf die grossen Energieerzeuger, wie Ölfirmen. Und es gibt keine Garantie, dass das Steuereinkommen tatsächlich für alternative Energien ausgegeben wird.

Autos, Lastwagen und Flugzeuge sind eine Hauptursache für das CO_2, aber die Strassen- und Verkehrslobby hat riesigen Einfluss. Sie stellt sicher, dass die Alternativen nicht weiterentwickelt werden. Die Verantwortung der Regierung gegenüber dem steigenden Transportbedarf ist es, mehr Straßen zu bauen, die sofort überfüllt sind. In diesem Teufelskreislauf lässt die Regierung die bestehenden Flughäfen ausbauen und neue errichten. Gleichzeitig werden öffentliche Bussbetriebe und Züge privatisiert [also an Firmen verkauft]. Sie sollen nun zur Gewinnsteigerung dienen anstatt dem Bedürfnis nach öffentlichem Transport. Das macht den Nah- und Fernverkehr zu einer teuren und unzuverlässigen Sache, was die Leute dazu zwingt, auf ihre Autos zurückzugreifen. Vorschläge, wie die Staugebühren, dienen nur dazu den Verkehr am Laufen zu halten, anstatt eine Transportmöglichkeit nach menschlichen Masstäben zu schaffen. Die Idee eines „Grünen Autos" [6], mit welchem Treibstoff auch immer, ist so praktisch, wie eine Bratpfanne aus Schokolade.

Menschliche Kraft

Da die Firmen und Regierungen nicht die nötigen Veränderungen machen können (und es noch nicht mal versuchen), liegt es also an uns. Als Einzelne sollten tun, was wir können: den Auto- und Flugverkehr zu verringern, unsere Wohnungen mit Wärmedämmung auszustatten, mehr Müll wiederverwenden. Doch letzenendes können wir die weltweite Erwärmung nur anhalten und stattdessen umkehren, indem wir das System als solches in Frage stellen - das System, das den Planeten an den Rand der Katastrophe geführt hat. Wir müssen uns gegen die Pläne der Regierung zusammenschliessen, die das Frankenstein-Monster der Atomkraft wiederbeleben und mehr Strassen und Flughäfen bauen will. Wir sollten uns gegen die Agrarindustrie [7] wenden, die unnötige und gefährliche Chemikalien hervorbringt, und gegen genetisch manipulierte Organismen (GMO) [8] und Fabrikanbau.



Wir können das nur schaffen, wenn wir uns zusammentun mit unseren Nachbarn und Kolleg/innen. Wir müssen uns organisieren und gemeinsam handeln, ohne Politiker/innen und Anführer/innen, durch direkte Aktionen. Das Rossport-Solidaritätscamp im Westen Irlands ist ein anregendes aktuelles Beispiel dafür. Dort konnten [die angereisten Aktivist/innen] mit Leuten aus dem Ort die Baustelle für eine *Shell*-Raffinerie [9] und deren Pipeline aufhalten. Auf diese Weise sich zu Organisieren erhöht unsere Kraft und hält uns davon ab mit den Mächtigen unter eine Decke zu kriechen.

Wir wollen erneuerbare Energien - Sonnenkraft, Wind- und Gezeitenkraftwerke, Wasserenergie, Erdwärme, und vieles mehr. Verschiedene Wege der Energiegewinnung müssen den Örtlichkeiten angepasst werden. Es sollte in kleinem Maßstab sein und Strom für die örtlichen Bedürfnisse hervorbringen anstelle der Abfälle und des Zentralismus des nationalen Stromnetzes. Und diese Energiegewinnung sollte in erster Linie von den Kommunen kontrolliert werden. Die Planung nach menschlichen Maßstab und der kostenlose öffentliche Verkehr würde den Nutzen von Autos verkleinern. Wir müssen weitergehen und die ganze verkehrte Logik des kapitalistischen Wachstums in Frage stellen. Dieses Wachstum zwingt uns zu arbeiten und zu konsumieren. Es bringt immer mehr Waren hervor, aber unsere Lebensqualität verliert ständig an Wert.

Es ist unsere Welt - holen wir sie uns zurück!

aus: „*resistance - anarchist bulletin*“ (Monatszeitung der
Anarchistischen Föderation Britannien und Irland -
Mitglied in der *Internationale der Anarchistischen Föderationen - IFA*),
Ausgabe 89, November 2006, http://www.afed.org.uk, http://www.iaf-ifa.org,

Übersetzung und Erläuterungen:
Anarchosyndikat „*eduCat*“, Köln/Bonn, 2007,
http://anarchosyndikalismus.org

Was ist das eigentlich?

[1] **Kohlendioxid (CO_2)** ist ein Gas, das bei der Verbrennung (Oxidation) von Kohlenstoff (C) entsteht. Besonders viel CO_2 entsteht bei der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas.

[2] **Fossile Brennstoffe** sind aus der Vorzeit des Planeten stammende, unterirdisch abgelagerte Reste von kohlenstoffhaltigen Pflanzen und Tieren, die zu Braun- und Steinkohle, Erdöl oder Erdgas geworden sind. Sie sind nur noch in begrenzten Mengen vorhanden, ebenso die radioaktiven Stoffe, wie Uran für Atomkraftwerke.

[3] In einem **Atomkraftwerk (AKW)** wird radioaktiv strahlendes Material (Uran) in Wasser getaucht. Der bei der Erhitzung entstehende Wasserdampf treibt Turbinen an, die durch ihre Drehung Strom erzeugen (wie ein Dynamo). Die fast unendlich lange Strahlung des Materials und des Atommülls, sowie die Explosionsgefahr, sind tödliche Gesundheitsrisiken für alle Lebewesen.

[4] Der atomgetriebene Druckwasser-Reaktor in der Stadt **Tschernobyl** in der (damals) staatssozialistischen Ukraine war im Jahr 1986 explodiert, weil während einer Sicherheitsüberprüfung mehrere menschliche Fehler eine Kettenreaktion ausgelöst hatten. Die radioaktive Wolke aus dem noch heute brennenden Kraftwerk hat in ganz Mittel- und Nordeuropa zu millionenfachen Gesundheitsschäden (vor allem Knochenkrebs und Missbildungen von Neugeborenen) geführt.

[5] **„Grüne Steuern“** sind Abgaben an den Staat, die die Staatsbürger/innen bezahlen müssen, damit Konsum teurer und dadurch die Umweltzerstörung verringert wird (z.B. Steuern für Benzin, Autoabgase, Flugreisen)

[6] **„Grüne Autos“** sind Fahrzeuge, die mit alternativen Energien angetrieben werden (wie Rapsöl, Biodiesel, Ethanol, Brennstoffzellen). Die Herstellung dieser Treibstoffe und der Autos bedeutet allerdings ebenfalls eine hohe Umweltzerstörung. Ausserdem wird das gesellschaftliche Ideal einer absoluten Beweglichkeit (Mobilität) nicht verändert.

[7] **Agrarindustrie** bedeutet grossflächige Landwirtschaft mit einheitlichem Ackerbau (Monokulturen), in dem viele Gifte gegen unerwünschte Pflanzen (Herbizide), Pilze (Fungizide) und Tiere (Pestizide) eingesetzt werden. Auch in der industriellen Massentierhaltung werden zahlreiche Chemikalien und Medikamente verwendet.

[8] **GMO (genetisch manipulierte Organismen)** werden hergestellt indem einzelne Bestandteile der Erbinformationen (Desoxyribonukleinsäure - DNA) von Pflanzen oder Tieren in andere Pflanzen oder Tiere eingebaut werden. Diese veränderte Erbinformationen führt bei den GM-Organismen zu völlig neuen Eigenschaften, die unbekannte Folgen für die gesamte Umwelt haben werden. Zum Beispiel gibt es bereits Mais und Raps mit den Eigenschaften eines Pflanzengiftes, das Schädlinge abhalten oder töten soll. Ausserdem wird GMO-Saatgut verkauft, dessen Ernte sich im nächsten Jahr nicht neu anbauen lässt, was viele Landwirtschaftsbetriebe in absolute wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber den Herstellerfirmen (*Bayer*, *Monsanto*) zwingt.

[9] Der Konzern ***Shell*** ist bekannt für seine menschen- und umweltfeindliche Politik (u.a. in Nigeria), weshalb es seit Jahren einen Boykott-Aufruf gegen die Firma und ihre Tankstellen gibt. **Raffinerien** verarbeiten Erdöl oder Erdgas mit viel Energie weiter zu Benzin, Diesel, Kerosin und chemische Grundstoffe für Plastik, Medikamente, usw.

Ein paar kritische Hintergrundanmerkungen zum Artikel *"Sozialer Wandel statt Klimawandel"*:

- **Der Begriff Klimawandel ist irreführend, Klima ist keineswegs statisch.** Das Klima ändert sich also ständig-auch ohne menschliches Zutun. So gab es eine Mittelalterliche Wärmeperiode mit Weinanbau bis nach England und der Besiedlung von Grönland durch die Wikinger. Ganze Zivilisationen sind durch katastrophale (damals sicherlich ausschliesslich natürliche) Klimaverschlechterungen zusammengebrochen, z.B im Nahen Osten in der Antike. Ein sehr interessanter Aspekt nebenbei...

- **Wissenschaft sollte grundsätzlich frei sein.** Natürlich ist sie das keineswegs immer (siehe durch Tabakfirmen geförderte Forschungs-

projekte). Allerdings ist der Generalverdacht, alle Klimaforscher mit gegenteiligen Ansichten seien Lügner, falsch und gefährlich. Ausser man hat den Wunsch einer "gleich-geschalteten" Wissenschaft! In der Wissenschaft geht es ausschliesslich um die Wahrheit - Ideologie ist hier fehl am Platz. Falsche Meinungen können widerlegt werden Das ist zumindest meine Meinung und die vieler Kollegen.

- **Klima ist ein hochkomplexes und bis jetzt (zu) wenig verstandenes System.** Alle Klimamodelle der Vergangenheit haben sich aufgrund unzureichender Daten als falsch erwiesen. Die Meinung, ausschliesslich das CO_2 sei für die Erderwärmung zuständig, ist mir zu eindimensional. Es gibt andere klimarelevante Gase (z.B. Methan, Lachgas), das sogenannte Stadtklima (Städte erzeugen aufgrund von Bebauung und Industrie eine höhere Temperatur als das Umland) sowie der durch Menschen bedingte Anstieg von Wasserdampf (Treibhauseffekt) spielt eine grosse Rolle. Die Schlussfolgerung, dass eine notwendige Änderung des gesamtwirtschaftlichen Systems enötig ist, erscheint mir gerade vor diesem Hintergrund als sinnvoll.

- **"Klimawandel" ist ein Topthema in den Medien! Und lässt sich reisserisch vermarkten.** Nebenbei einer der Gründe, warum ich mir den Artikel in einer sachlicheren Sprache gewünscht hätte... Man kann Ablasshandel mit CO_2-Handel betreiben (siehe das "*Kyoto-Protokoll*"), eine heissgelaufene Nationalökonomie mit der Gefahr eines Aktien-Crashs künstlich abkühlen (z.B. Chinas Ankündigung, sich mehr um das Klima zu kümmern - aber das ist eine eigene These), Wähler ködern (wie bei Bushs Wahlkampfkampagne)... Und wenn man alles nur auf CO_2 reduziert, dann lässt sich sicher eine Möglichkeit finden (das "giftige" CO_2 wird übrigens von Pflanzen geatmet und ist in geringen Anteilen auch natürlicher Bestandteil der Luft)! Nebenbei bemerkt: Auch Viehzucht (und Landwirtschaft, wie z.B. Nassreisanbau) erzeugt Methan.

- Zur Idee eines „Grünen Autos“ [6] ist anzumerken, dass auch Busse und (viele) Bahnen Verbrennungsmotoren haben. Was ist also an der Idee alternativer Antriebe so schwachsinnig? Auf Pferde wird ja auch keiner umsteigen wollen... Obwohl ich nichts dagegen hätte.

- Die Ernährungskrise in der Sahelzone hat viele Ursachen, sicher nicht nur Wüstenbildung (Desertifikation), sondern auch Kriege, Bodenerosion, Überweidung und die Zerstörung der regionalen Landwirtschaft unter tatkräftiger Mithilfe von Großunternehmen...

F., Anarchosyndikat "eduCat"

Die soziale Konstruktion des Anderen

oder: Wie die Biologie als Ideologie die Realität bestimmt

Alle Unterdrückungsformen haben Unterschiedlichkeiten, aber ebenso Gemeinsamkeiten. Ein wichtiges Prinzip von Unterdrückung ist die (Über)Betonung der Differenzen bzw. der vermeintlichen Differenzen.

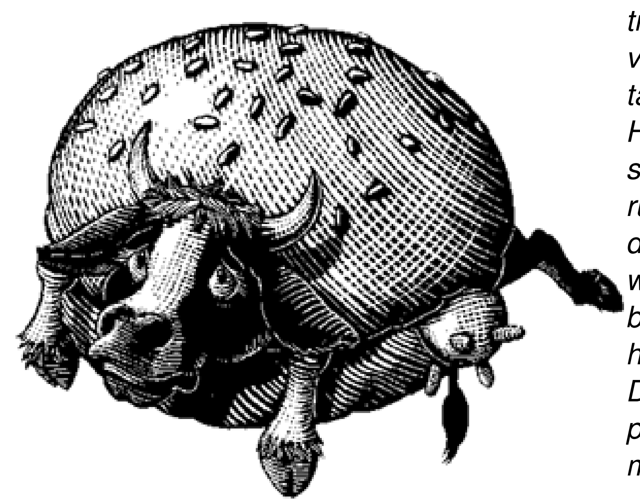
Bei den Frauen z.B. war es jahrhundertelang das andere Geschlecht und die damit einhergehenden Zuschreibungen wie Schwäche oder Emotionalität. Bei den Tieren ist es schlicht das Nicht-Mensch-Sein. So verschiedenartig die Tierarten untereinander sind, so unterschiedlich wird auch ihre Ausbeutung betrieben. Grundsätzlich gilt immer noch "Es sind ja nur Tiere".

Birgit Mütherich, eine Sozialwissenschaftlerin und Autorin zahlreicher Bücher und Artikel zum Mensch-Tier-Verhältnis, sagte auf einem Vortrag auf der XII. Tagung für angewandte Soziologie des BDS dazu :

" Schon vor einer Betrachtung des Bedeutungskomplexes "Tier" und seiner Implikationen lässt sich an Hand der Parallelisierung des Mensch-Tier-Dualismus mit anderen traditionell wertbesetzten Gegensatzpaaren wie "Kultur - Natur", "Geist - Materie", "Vernunft - Trieb", "Seele - Körper", "Moral - Instinkt" etc. zeigen, dass der Mensch mit den Kategorien des Geistes, der Kultur, der Vernunft, der Seele und der Moral in Beziehung gesetzt wird, während dem Tier die Materie, die Natur, der Trieb, der Körper und der Instinkt zugeordnet werden...

Verfolgt man für das westliche Denken charakteristischen binären Schematismus zurück bis zu seinen jüdisch-christlichen und antiken Wurzeln, so treten weitere Dualismen wie "Gott - Satan", "Gut - Böse", "Ordnung - Chaos" hinzu, deren einzelne Begriffselemente nach demselben Grundmuster parallelisiert werden... Die auf Distanzierung zielende Rhetorik und das erzieherische Potential der Tier-Metapher verdeutlichen Aussagen wie: "Er benahm sich wie ein Tier", während der schlagzeiligenförmige Entsetzensausruf: "Das ist kein Mensch - das ist ein Tier!" sowohl Kontrollmangel und Brutalität auf Seiten des Tieres als auch die implizierte Drohung der Aberkennung fundamentaler Rechte beim Menschen transportiert. Sich zu verhalten "wie ein Tier" birgt also die Gefahr von Würdeverlust und kann Gewaltanwendung legitimieren.

Dass Gewalt im Zusammenhang mit Tieren als rhetorisches Mittel der Abschreckung eingesetzt und inhaltlich als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, zeigen auf menschliche Opfer bezogene Aussagen demonstrativer Empörung wie: "Sie schlugen sie wie die Hunde", "Man behandelte sie wie Vieh", "Er wurde abgestochen wie ein Schwein". Während sich die Kritik zu Recht scharf gegen die brutale Behandlung von Menschen richtet, entfaltet sich in der Formulierung gleichzeitig ein hohes Maß an Affirmation, d.h. derselbe Tatbestand dient in Bezug auf Tiere als Kontrastfolie zur Darstellung von Gewalt als "Normalität".



Hinter der vermeintlichen sprachlichen Distanzierung von der Gewalthandlung als solcher steht die wohl als größere Schande betrachtete "Gleichbehandlung", und damit die Distanzierung von einem per definitionem minderwertigen Opfer. ...

Tierliche Individuen werden als Subjekte entindividualisiert, versachlicht und abgewertet, ihre Verhaltensweisen und Handlungen werden gezielt verfremdet - auch dort wo sie der Form und Funktion nach identisch mit menschlichen Lebensäussserungen sind: So bestimmt z.B. die Sprachkonvention, dass Tiere "fressen" statt zu essen, sie "werfen" statt zu gebären, sind "trächtig" statt schwanger und "verenden" statt zu sterben; sie werden als kopieartig austauschbare "Exemplare" statt als Individuen bezeichnet, und ihre toten Körper sind, so lange sie nicht zerlegt auf einem Teller präsentiert werden, "Kadaver" oder "Aas" statt Leichen."

Das alles erweist sich als historisch höchst anpassungsfähige Grundlage und als Instrument der Herrschaftssicherung duch flexible Mechanismen der Ein- und Ausschließung und nahm in den letzten Jahrhunderten immer mehr an Bedeutung zu.

Auf Grund zunehmender ökonomischer Interessen führte sie mehr und mehr zur Beherrschung der äußren "Natur", der Unterwerfung fremder, als primitiv geltender Völker und Kulturen und in der immer systematischeren Ausbeutung von Tieren, die als ein von der Natur gestiftetes Material für menschliche Zwecke, ein Stück "lebende Materie" angesehen wurden. Descartes glaubte z.B., dass Tiere denkunfähige Kreaturen, "automata", Maschinen seien:

"Denn es ist ganz auffällig, daß es keinen so stumpfsinnigen und dummen Menschen gibt, nicht einmal einen Verrückten ausgenommen, der nicht fähig wäre, verschiedene Worte zusammenzuordnen und daraus eine Rede aufzubauen, mit der er seine Gedanken verständlich macht; und dass es im Gegenteil kein anderes Tier gibt, so vollkommen und glcklich veranlagt es sein mag, das Ähnliches leistet. Dies liegt nicht daran, dass den Tieren Organe dazu fehlten... Dies zeigt nicht bloß daß Tiere weniger Verstand haben als Menschen, sondern vielmehr, dass sie gar keinen haben."

Ein unbekannter Zeitgenosse bekräftigt diese Aussage:
"Die (cartesischen) Wissenschaftler teilten seelenruhig Schläge an ihre Hunde aus und verspotteten diejenigen, die, in der Annahme, daß diese Schmerz empfinden könnten, die armen Kreaturen bedauerten. Sie behaupteten, die Tiere seien wie Uhren, deren Schreie, die sie ausstoßn, wenn man sie schlägt, wie das Geräusch einer kleinen Feder sind, die man berührt, doch ihre Köper häten keinerlei Empfindung. Sie nagelten die armen Tiere an ihren vier Pfoten auf Bretter, um sie zu vivisezieren und ihren Blutkreislauf zu studieren, ein Thema, das damals sehr umstritten war."

Mütherich weiter:
"Die Idee einer (zweckgerichteten Seins-)Ordnung, in der das Unvernünftige zum Nutzen des Vernünftigen gemacht worden sei und von diesem beherrscht werden müsse, wurde am "Tier" als dem vermeintlich unvernünftigen, naturverhafteten und determinierten Lebewesen vorexerziert und sanktioniert, besaß aber eine weit größere Reichweite:

So wurden auch alle Menschengruppen, denen Vernunftmangel, Triebleitung, fehlende Affektkontrolle, und damit eine unveräderliche wesensmäßige "Naturnähe" zugeschrieben werden konnten, als weitgehend rechtlos und als zu beherrschende Subjekte oder gar Objekte betrachtet; dies betraf prinzipiell Kinder, Frauen, Sklaven, "Irre", Besitzlose und ethnische Gruppen wie Zigeuner, ebenso wie Personen mit normalabweichendem Verhalten, z.B. Homosexuelle, und bezog sich potentiell auf NONKONFORMISTEN aller Art, die ihre Unvernunft durch eine Kritik der bestehenden Herrschaftsverhältnisse beweisen."

Theodor W. Adorno schreibt 1945 über die Greueltaten des Nazi-Regimes:
"Die Entrüstung über begangene Grausamkeiten, wird umso geringer, je unähnlicher die Betroffenen den normalen Lesern sind, je brunetter, "schmutziger", dagohafter. Das besagt über die Greuel selbst nicht weniger als über die Betrachter. Vielleicht ist der gesellschaftliche Schematismus bei der Wahrnehmung bei den Antisemiten so geartet, daß sie die Juden überhaupt nicht als Menschen sehen. Die stets wieder begegnende Aussage, Wilde, Schwarze, Japaner glichen Tieren, etwa Affen, enthüt bereits den Schlüssel zum Pogrom. Über dessen Möglichkeit wird entschieden in dem Augenblick, in dem das Auge eines tödlich verwundeten Tiers den Menschen trifft. Der Trotz, mit dem er dieses Bild vor sich her schiebt - "es ist ja bloß ein Tier" - , wiederholt sich unaufhaltsam in den Grausamkeiten an Menschen, in denen die Täter das "Nur ein Tier" immer wieder sich bestäigen müssen, weil sie es schon am Tier nie ganz glauben konnten."

Ähnlich wie die Theoretiker der Frankfurter Schule betrachten auch andere Autoren wie Michael Wimmer den kulturell bedingten Dualismus als höchst riskant, denn
"das Denken in derartigen Oppositionsbeziehungen", das *"in seinem Dogmatismus zum metaphysischen Humanismus (gehört), ...wird selbst um so gewalttäiger, je reiner es das sogenannte "Wesen" des Menschen definieren will und das andere dieses "Wesens" als etwas unreines abwertet und verwirft."*



Tatsächlich sind es also seit tausenden von Jahren immer wieder die gleichen Argumente, die uns angeblich berechtigen andere zu unterdrücken und auszubeuten und unsere Herrschaft zu

legitimieren. Immer wieder ist es die Gruppe der "Anderen" , die dümmer, schlechter, lebensunwürdiger oder sonstwas sind. Mit dieser Grenzlinie soll immer wieder die Integrität der Eigenheit bewahrt und geschützt werden. Wir sollten unser Handeln und unsere Argumente, die wir benutzen, um weiter bei oben beschriebenen Praktiken mitmachen zu können, überdenken. Sie sind mittelalterlich und gehören nicht in eine emanzipierte Gesellschaft. Leid, Schmerz und Qual von fühlenden Lebewesen zu dulden gehört nicht in eine sich als modern bezeichnende Gesellschaft und sollte von deren Mitgliedern in keinster Weise geduldet werden.



Vor 90 Jahren:

Die Februarrevolution in Russland 1917

Wie haben sie den Aufstand gemacht?

Im Anschluss an den Internationalen Frauentag am 23. Februar 1917* weigerten sich die Arbeiter/innen zurück zur Arbeit zu gehen und zogen als Protestmarsch zum Rathaus von Petrograd. Am Sonntag, dem 26. Februar, schickte die Regierung Soldaten, um die Arbeiter/innen niederzuschiessen. Fünfzig Arbeiter/innen wurden getötet und hundert verwundet. Am Montag, dem 27. Februar, verweigerten die Truppen jedoch die Befehle und schlossen sich den Aufständischen an. Durch den Zusammenbruch der Militärmacht war das Kabinett gezwungen noch am gleichen Tag zurückzutreten. Zar Nikolaus II tat dasselbe und dankte am 2. März ab zugunsten einer Übergangsregierung. Die Übergangsregierung versuchte den Krieg** fortzuführen und wurde deshalb im Oktober davongejagt, aber das ist eine andere Geschichte...***

Was hatte eine gesamte Nation gespalten?

Hungertod. Trotz des Krieges begannen 1916 schon erste Streiks als die Arbeiter/innen gezwungen waren aus Mangel an Mehl und Zucker nur von Kartoffeln zu überleben. Im selben Jahr fielen die Löhne und der Zusammenbruch des Transportsystems verschlimmerte nur die ohnehin kritische Situation. Während ganz Russland vom Hungertod bedroht war, warb der konservative Zar Nikolaus II für die Ideale von Familie und Religion - das schien wie aus dem Lehrbuch für Katastrophen zu sein.

Wer stand hinter dem Aufstand?

Die Historiker/innen sind sich grundsätzlich einig, dass keine einzelne, organisierte Gruppe für die Russische Revolution von 1917 verantwortlich war. Sondern es war einfach der spontane Ausbruch einer erschöpften Bevölkerung. Die Agitation und Bildungsarbeit der revolutionären Elemente (die verschiedenen sozialistischen Gruppen, sowie Anarchist/innen) hatten den Massen beigebracht zu verstehen, dass das Zarentum abgeschafft werden musste. Diese Ansicht war so weit verbreitet, sogar die Armee - die, wie in jedem Land die am wenigsten aufgeklärte Gruppe war - den Glauben an die bestehende Ordnung aufgegeben hatte. Die Leute waren der Schreckensherrschaft entwachsen, sie hatten sich im Geiste davon befreit. Und dadurch bekamen sie die Stärke und Möglichkeit sich auch tatsächlich, körperlich, zu befreien.

aus: „*resistance - anarchist bulletin*" [Monatszeitung der *Anarchistischen Föderation in Britannien und Irland* - Mitglied der *Internationale der Anarchistischen Föderationen - IFA*], Ausgabe 91, Februar 2007, http://www.afed.org.uk, http://www.iaf-ifa.org

Übersetzung und Anmerkungen: Anarchosyndikat „*eduCat*", Köln/Bonn, 2007, http://anarchosyndikalismus.org

Anmerkungen:

* Der 8. März im Westen war laut dem 13 Tage späteren russischen Kalender der 23. Februar.

** Im Ersten Weltkrieg (1914-1918) kämpfte unter anderem das russische Zarenreich gegen das wilhelminische Deutsche Reich.

*** Durch die Oktoberrevolution 1917 konnten die marxistischen Bolschewiki [„Mehrheitsfraktion" der russischen Sozialdemokratie] unter der politisch-militärischen Führung von Lenin und Trotzki gegen den Willen der revolutionären Massen eine neue Regierungsgewalt für sich erkämpfen.

Der Staat und seine historische Rolle

Die anarchistische Opposition zum Staat und unser Unterschied zu den marxistischen Versionen des Sozialismus

Seit seinem frühesten Auftreten [im 19. Jahrhundert] hat der Anarchismus mit seiner Kritik der Macht auch der Idee des Staates und der staatlichen Macht widersprochen. Ebenso steht er für die Abschaffung des Staates und aller auf Macht begründeter Beziehungen. Das ist eine der grundlegenden Ideen, die den Anarchismus von anderen revolutionären sozialistischen Bewegungen unterscheidet.

Zur Zeit der Ersten Internationale [1] strebten die Anarchist/innen und Marxist/innen beide dieselbe gleichberechtigte Gesellschaft an. Aber sie verfolgten sehr unterschiedliche Methoden, um diese zu erreichen. Die Anarchist/innen wiedersprechen [damals, wie heute] dem rein politischen Programm des Marxismus, der auf die Übernahme der staatlichen Macht abzielt. Wir lehnen die Vorstellung völlig ab, dass Arbeiter/innen die parlamentarischen Kandidat/innen unterstützen sollen. Ausserdem sind wir gegen politische Revolutionen, die die Bildung von Arbeiter/innen-Staaten zum Ziel haben.
Als Anarchist/innen meinen wir, dass sich politische Rechte, wie Organisationsfreiheit, nicht von den wirtschaftlichen Kämpfen abtrennen lassen und nur durch diese gesichert werden können. Daher lehnen wir rein politische Kämpfe, wie die Gründung von 'Arbeiter-Parteien', ab. Stattdessen setzen wir uns für die Selbstorganisation der Arbeitenden in wirtschaftlichen Vereinigungen (Gewerkschaften) [2] ein. Diese wenden direkte Aktionen an, um für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel auf der Grundlage des

gemeinsamen Eigentums zu kämpfen. Das Ziel dieser Gewerkschaften ist die ständige Verbindung des täglichen Kampfes für Verbesserungen mit dem allgemeinen Kampf gegen Kapitalismus. Kurzfristig sollen die Gewerkschaften Streiks und andere direkte Aktionen [wie Boykotte oder Blockaden] gegen den Kapitalismus organisieren. Langfristig soll dieser Kampf zu einem sozialen Generalstreik führen, während dem der Kapitalismus überwunden wird. Der Kapitalismus soll durch eine Gesellschaft ersetzt werden, in der die arbeitende Klasse [3] ihre Betriebe und Gemeinden selbst kontrollieren wird. Das höchtste Ziel des Anarchismus ist der Sieg der arbeitenden Klasse über den Kapitalismus und die Abschaffung des Staats - aller Staaten. Sie werden durch eine allgemeine Föderation lokaler Vereinigungen ersetzt, die auf Gleichheit und Freiheit aufbaut.

Machtverhältnisse

Freiheit ist eine wichtige Idee im Mittelpunkt des anarchistischen Denkens. Er unterscheidet den Anarchismus ausserdem vom Marxismus. Obwohl die Anarchist/innen die wirtschaftlichen Argumente der Marxist/innen anerkennen [4], halten sie dagegen, dass nicht jede Ungleichheit aus wirtschaftlicher Ungleichheit besteht. Sie kann auch aus ungleichen Machtverhältnissen entspringen, in denen eine Einzelperson oder Gruppen von Einzelnen andere unterwerfen können.

Für Anarchist/innen würde das Wesen einer zukünftigen Gesellschaft in der Fähigkeit der Leute bestehen, freiwillig auf gleichberechtigter Grundlage zusammenzukommen und zu entscheiden, was für sie als Ganzes das Beste sei. Wir meinen, dass wenn die Gesellschaft nicht auf freier Vereinbarung aufbaut und die menschlichen Beziehungen nicht frei, gleich und ohne Zwang eingegangen werden, dann würde eine ungleiche Gesellschaft [neu] entstehen, die auf ungleichen Machtverhältnissen aufbaut. Jede neue Gesellschaft müsste, anstatt von oben nach unten zu verwalten, direkt von der arbeitenden Klasse von unten nach oben verwaltet sein. [5] Mit anderen Worten: Die Leute müssen gleichberechtigt zusammenkommen, um ihre gemeinsamen Bedürfnisse und deren Erfüllung abzustimmen. Wenn dieses Vorgehen nicht eingehalten würde, bliebe die Macht in den Händen Weniger und die soziale Ungleichheit würde weiterbestehen. Und da nicht jede Ungleichheit aus dem Wirtschaftssystem herkommt, bekämpfen wir auch die marxistische Lehre von der wirtschaftlichen Vorherbestimmung ["ökonomischer Determinismus"].

Der marxistische Standpunkt

Im Mittelpunkt der marxistischen Argumentation steht die Idee von Marx, dass die Eroberung der politischen Macht das erste Ziel des Proletariats sei. Er ging davon aus, dass dies zur Kontrolle des Staates durch die Arbeiter/innen führt, wodurch der Kapitalismus abgeschafft würde. Das Hauptanliegen der Marxist/innen ist daher die Gründung politischer Gruppen zur Übernahme der politischen Macht. Wenn sie ersteinmal den Staat kontrollieren, dann würden die Arbeiter/innen diese Macht nutzen, um das Land und die Industrie von den Kapitalist/innen und Landbesitzer/innen zu enteignen. Die Wirtschaft würde dann vom Staat zum Wohle der arbeitenden Klasse verwaltet. Wenn die Arbeiter/innen diese Kontrolle nicht durch Wahlen erreichen können, dann müsse es eine politische Revolution geben, um die Staatsmacht zu ergreifen. Dadurch würde eine Regierung auf der Grundlage der "*Diktatur des Proletariats*" errichtet. Im Mittelpunkt des marxistischen Denkens steht die Idee, dass die soziale Revolution nur nach der politischen Revolution stattfinden könne, da diese vorher die Kontrolle über den Staat gewinnen muss.



Die Anarchist/innen - damals, wie heute - lehnen die Idee ab, dass der Staat als ein Werkzeug für die Emanzipation der Arbeitenden benutzt werden könne. Für Anarchist/innen ist die Tatsache, dass das kapitalistische Parlament abgeschafft wird, nicht genug. Damit wird noch nicht sichergestellt, dass der Staat

im Interesse der arbeitenden Klasse handelt. Wir halten sogar dagegen, dass die staatliche Kontrolle durch die Natur ihrer Sache [immer] auf der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit aufbaut.

Darüber hinaus weisen wir Anarchist/innen die Ansicht von Marx zurück, dass in einem "*Volksstaat*", den er sich vorstellte, das Proletariat in den Rang der herrschenden Klasse erhoben würde. Wenn die arbeitende Klasse - also die überwältigende Mehrheit - die herrschende Klasse werden würde, so fragen sich die Anarchist/innen: Über wen würde sie dann herrschen?

Die neue Herrschaftselite

Für Anarchist/innen bedeutet die Aussicht auf die Abschaffung von Marktkapitalismus und Privateigentum nicht, dass der Staat eine soziale Gerechtigkeit hervorbringen wird. Wir lehnen die marxistische Vorstellung, dass in dem neuen Arbeiter/innen-Staat die "*erfahrenen Sozialist/innen*" die Gesellschaft im Sinne der Arbeiter/innen verwalten würden, als naiv und bevormundend ab. Stattdessen, so sagten die Anarchist/innen [schon im 19. Jahrhundert] voraus, würden die "*erfahrenen Sozialist/innen*" viel eher ihre Macht dazu benutzen, um eine neue Herrschaftselite zu werden. Daher wird ein marxistischer Staat nicht durch die Diktatur des Proletariats geformt, sondern durch die Diktatur einer neuen privilegierten, politisch-wissenschaftlichen Klasse der "*erfahrenen Sozialist/innen*".

Aus anarchistischer Sicht begründen diese neuen sozialistischen Diktator/innen ihre Macht über die Mehrheit durch ihre oberste Kontrolle der Wirtschaft ebenso, wie die jetzigen Staaten ihre Macht über die Mehrheit auf Grundlage des wirtschaftlichen Eigentums ausüben.[6] Das Ergebnis davon ist, dass die soziale Gleichheit dort ein Traum bleiben wird. Als Anarchist/innen sind wir überzeugt, dass die Staatsmacht, egal ob durch eine verfassungsgebende Versammlung oder eine revolutionäre Diktatur begründet, die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit bedeutet und daher grundsätzlich undemokratisch ist.

Unabhängig von der Staatsform werden diejenigen, die den Staat formen und verwalten, als die herrschende Klasse handeln. Sie werden die Macht und die Privilegien einer herrschenden Klasse annehmen.

Als solcher ist der Staat nicht nur der ausführende Agent einer bestimmten Klasse, die die Produktionsmittel besitzt. Er ist auch als eine Klasse an sich anzusehen, die in ihrem eigenen Auftrag handelt. Ausserdem hat eine herrschende Klasse, die sich auf der Kontrolle des Staates begründet, auch die Mittel um eine der mächtigsten Eliten der Geschichte zu werden. Denn der marxistische Staat kontrolliert nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den ganzen Staatsapparat samt Armee und Polizei.

Anarchismus und Individualismus

Die zentralen Gründe um staatliche Macht abzulehnen und stattdessen die freie Vereinigung zu bevorzugen, die den Anarchismus seither bezeichnet, wurden in der Zeit der Ersten Internationale entwickelt. Ein Ergebnis davon war, dass seine Gegner/innen im Anarchismus nicht viel mehr als eine radikale Form des liberalen Individualismus gesehen haben, der die persönliche Freiheit über die Notwendigkeiten der gesamten Gesellschaft setzt. Dies ist jedoch ein Missverständnis gegenüber dem Anarchismus.

Die anarchistische Sichtweise der persönlichen Freiheit wurde während der 1848er-Revolution in Frankreich begründet. Sie war der befreiende Schrei, dass die Versklavung eines kleinsten Teils der Menschheit auch die Sklaverei über alle bedeutet. Die Freiheit des Einzelnen ist die Grundlage der gemeinsamen Freiheit. Da menschliche Wesen ihre Menschlichkeit nur innerhalb der Gesellschaft ausdrücken können, ist die Freiheit der Anderen bloss eine Spiegelung der eigenen Freiheit. Kurz gesagt: Es ist unmöglich frei zu sein, wenn nicht alle um dich herum auch frei sind.

Mensch und Gesellschaft

Die Anarchist/innen lehnen die liberale Vorstellung vom Individuum ab. Diese ist in der christlichen Idee verwurzelt, dass die Menschen nicht durch die Gesellschaft entstanden sind, sondern von Gott ausserhalb und unabhängig der Gesellschaft geschaffen wurden.

Folglich sieht das liberale sozialdemokratische Denken die Menschen als vorgesellschaftlich an. Es sei nicht die Gesellschaft, die den Menschen hervorbracht hat, sondern die Menschen hätten die Gesellschaft geschaffen. In diesem Denken ist die Gesellschaft nur eine lose Ansammlung von Einzelnen, die zusammenkommen, um besondere Aufgaben (wie Arbeit) zu erfüllen.

Für die Liberalen ist die wichtigste Aufgabe der Gesellschaft, dass die Freiheit der Einzelnen beschränkt wird. Dies geschehe, weil unser freier Wille durch das reine Selbstinteresse angetrieben werde. Er würde uns dazu bringen die Anderen anzugreifen, um unsere unmittelbaren Bedürfnisse zu befriedigen. Daher müsse also ein "*Gesellschaftsvertrag*" zwischen den Menschen eingehalten und durchgesetzt werden. Dafür müsse der Staat geschaffen werden, als eine "äussere Autorität" zur Regelung der menschlichen Beziehungen.

Die liberale Theorie folgert: Würde man diese Autorität entfernen, dann würden wir zu unserem natürlichen Zustand zurückkehren und das Chaos würde ausbrechen. Daher ist das liberale sozialdemokratische Denken auf einer Vorstellung von Individualismus begründet, die die Gesellschaft als einen Vertrag ansieht, damit wir uns nicht gegenseitig zerfleischen.

Menschlich werden

Der Anarchismus allerdings hält eine weitaus vielschichtigere Sicht auf die menschliche Gesellschaft dagegen. Eine Sicht, die die Menschen als ein Ergenbis der Gesellschaft betrachtet, ohne die sie nicht leben könnten. Wir behaupten, dass die Menschen nur aus dem Zustand der [natürlichen] Brutalität herausgetreten sind, weil sie ihre Organisation und Arbeit gemeinsam gestaltet haben. Dadurch waren die Menschen in der Lage die Bedingungen zu schaffen, die ihre gegenseitige Gleichberechtigung ermöglicht haben. Mit anderen Worten: Die Menschen können nur durch die Gesellschaft menschlich und gleichberechtigt werden. Menschlichkeit wird also durch die Gesellschaft geschaffen und nur durch die Gesellschaft werden wir menschlich.

Ausserhalb der Gesellschaft ist der Mensch nicht menschlich - allein und nur in der Lage mit sich selbst zu sprechen und sich selbst bewusst zu sein. Menschen können sich ihrer selbst nur innerhalb der Gesellschaft (und nur durch das gemeinsame Handeln der gesamten Gesellschaft) bewusst werden. Nur durch gemeinsame und soziale Arbeit sind wir von der Last der äusseren Natur befreit. Nur diese Arbeit kann unsere Umwelt der Entwicklung der Menschheit anpassen. Bildung und Übung sind also in erster Linie soziale Funktionen. Vereinzelte Individuen können daher unmöglich ihrer Freiheit bewusst werden.

Die Vorstellung, dass die soziale Revolution durch die Kontrolle über den Staat entstehen könne, vertraut vollkommen auf die marxistische Lehre der wirtschaftlichen Vorherbestimmung [Determinismus]. Sie geht von der Annahme aus, dass die Natur eines Wirtschaftssystems auch die Natur der ganzen Gesellschaft bestimmt. Daher seien die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen von der Wirtschaft bestimmt.

Um also diese Bedingungen zu ändern, müsse man [nur] die Wirtschaftsweise ändern. Und so würde der eigentliche Akt der Abschaffung des Kapitalismus durch die Arbeiter/innen und die Übernahme der wirtschaftlichen Kontrolle automatisch die Ausbeutung beenden und soziale und politische Gleichheit hervorbringen.

Diese Lehre von der Vorherbestimmung wurde auch auf die marxistischen Staatstheorien übertragen. Der Staat wird als Handlanger der herrschenden wirtschaftlichen Klasse angesehen, der die Gesellschaft in deren Sinn verwaltet. Wenn der [private] Kapitalismus erst einmal abgeschafft und die Wirtschaft in gemeinsamem Besitz wäre, dann würde der Staat zu einem Werkzeug der Arbeiter/innen werden. So könnte mit der [staatlichen] Verwaltung der Wirtschaft im Sinne der Arbeitenden begonnen werden.

Ein weiteres marxistisches Argument ist, dass ja der Staat am Anfang die Wirtschaft kontrollieren müsse, da die Arbeiter/innen nicht das Fachwissen hätten, um die Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Die Marxist/innen sehen diese "*Diktatur des Proletariats*" nur als eine "*Übergangszeit*" an. Währenddessen müssten die Arbeitenden angelernt werden, um die Gesellschaft [irgendwann] selbst am Laufen zu halten. Im Sozialismus würde der Staat eines Tages also überflüssig werden und [von alleine] absterben.

Die schlimmsten Befürchtungen wurden bestätigt

Die marxistischen Staatsvorstellungen hatten sich über die Jahre hinweg vom kruden Determinismus des 19. Jahrhunderts weiterentwickelt. Diese Vorherbestimmungslehre hatte die deutsche *Sozialdemokratische Partei* [*SPD*] zu ihrem Programm geführt, dass "die Eroberung der politischen Macht die unerlässliche Bedingung für die wirtschaftliche Emanzipation des Proletatiats" sei. Sie musste sich weiterentwickeln, besonders nachdem die russische Revolution [1917] die Eroberung der Staatsmacht durch eine hochorganisierte marxistische Partei [Bolschewiki] hervorgebracht hatte.

Was danach [in der Sowjetunion] geschah, bestätigte nur die schlimmsten Befürchtungen, die die Anarchist/innen gehabt hatten. Ein totaler Staat wurde errichtet, der letztlich [1989] an seinen inneren Widersprüchen zusammengebrochen ist.

Dies hat die marxistischen Theoretiker/innen dazu geführt, alle möglichen Änderungen und Weiterentwicklungen der ursprünglichen marxistischen Idee zu entwickeln. Von [dem Bolschewisten] Lenin bis zu den modernen Denker/innen haben sie alle die Quadratur des Kreises versucht. Sie wollen erklären, wie sowas in Zukunft nicht mehr passieren könne. Aber die Grundlage ihrer Ideen ist immernoch die unverrückbare Vorstellung, dass die Staatsmacht auf dem einen oder anderen Weg erobert werden müsse. Und dafür brauchen sie eine politische Partei.

Anarchosyndikalismus

Der Anarchosyndikalismus wurde entwickelt als eine Alternative zu den politischen Parteien und der Übernahme der Staatsmacht (und entgegen der Kritik, dass der Anarchismus keine funktionierende Alternative vorschlägt). Diese eigenständige Bewegung baut auf den Grundsätzen von Solidarität, Gleichheit und Freiheit auf, die auch für eine zukünftige Gesellschaft vorgesehen sind.

Staat und Kapitalismus muss etwas entgegengesetzt werden, aber das kann nur in einer Organisation geschehen, die den wirtschaftlichen und den politischen Kampf verbindet - und nicht voneinander abtrennt.

In einer anarchistischen Gesellschaft hängt die ganze Entwicklung der Einzelnen von der gemeinsamen Bereitstellung der nötigen Mittel ab - und von der vollständigen sozialen und wirtschaftlichen Gleichheit. Daher wird die Weiterführung und Entwicklung der gemeinsamen Gesellschaft von der Fähigkeit der Einzelnen abhängen, an ihr vollkommen und gleichberechtigt teilzunehmen.

Das Ziel ist die Entwicklung der gesamten Fähigkeiten [der Menschheit]. Ohne die Freiheit der Einzelnen bleibt die gesellschaftliche Gleichheit unerreichbar. Und ohne soziale Gleichheit kann es keine persönliche Freiheit geben.

Anarchist/innen streben eine Form von Gesellschaft an, in der die Bedingungen für alle Individuen geschaffen werden, um alle ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Wenn die Einzelnen ihre vollen Möglichkeiten erreichen, werden sie die Summe des menschlichen Wissens erweitern. Dieses Wissen erweitert im Gegenzug die Möglichkeiten der Einzelnen.

Arbeiter/innen-Kontrolle

Der Anarchosyndikalismus schlägt daher vor, dass die revolutionäre Gewerkschaft die Grundlage des Kampfes sein soll. Innerhalb der Gewerkschaft kann die arbeitende Klasse die Ideen und Möglichkeiten entwickeln, um den Wandel herbeizuführen. Dies würde Staat und Kapitalismus in einem andauernden wirtschaftlichen und politischen Kampf geradewegs etwas entgegensetzen. Gleichzeitig können so die Gewerkschaftsmitglieder in einer alternativen kulturellen und sozialen Struktur aktiv werden, in der die Ideen der neuen Gesellschaft heranwachsen können.

Für Anarchist/innen ist die Überwindung des Kapitalismus der Ausgangspunkt, um die Bedingungen für Gleichheit zu schaffen. Vom Anbeginn der Revolution muss die Gesellschaft nach demokratischen Grundsätzen geformt sein, um das Ziel der sozialen Gleichheit zu erreichen. Anstatt dass die Revolution zu der Kontrolle über den Staat und damit zu Ungleichheit führt, muss die arbeitende Klasse die tatsächliche Gestaltung der Gesellschaft selbst übernehmen.

aus: "*Direct Action*", Nr. 37, Herbst/Winter 2006/2007, S.14-19, Zeitung der *Solidarity Federation* - Mitglied der *Internationalen Arbeiter/Innen-Assoziation* (IAA)

Übersetzung und Anmerkungen:
Anarchosyndikat "*eduCat*", Köln/Bonn, 2007

Was ist das eigentlich?

[1] Die ***Internationale Arbeiter-Assoziation*** **(IAA)** wurde 1864 in London erstmalig als weltweite Organisation für die Gleichberechtigung der arbeitenden Klasse gegründet. Die Abschaffung aller Klassenherrschaft war ihr erklärtes Ziel. Jedoch waren sich nicht alle Beteiligten einig, ob diese Emanziation ausser mit den wirtschaftlichen Mitteln der Arbeitskämpfe auch mit den politischen Mitteln des Parlamentarismus zu erreichen sei. Schnell kam es zum Streit zwischen den autoritären Partei-Kommunist/innen um Karl Marx und den antiautoritären Kollektivist/innen um Michael Bakunin.

Im Jahr 1872/73 kam es nach langem Streit zum Ausschluss der freiheitlich sozialistischen Jura-Föderation um den Anarchisten Bakunin. Diese war ein Jahr zuvor von Delegierten aus Amerika, Frankreich, Italien, der Schweiz und Spanien als eigenständige, undogmatische Föderation gegründet. Sie verstand sich als historische Nachfolgerin der *Ersten Internationale* und bekämpfte als freie Vereinigung von Produzent/innen die staatliche Herrschaft ebenso, wie jede Form von politischer Macht (Parteien, Parlamente,...).

Nachdem der Nationalismus der Arbeiter/innen-Organisationen im Ersten Weltkriegs die alte IAA von innen heraus zerstört hatte, gründeten die sozialdemokratischen Gewerkschaften 1919 in Amsterdam die *Zweite Internationale*. Eine marxistisch-leninistische *Dritte Internationale* vereinigte 1921 in Moskau die staatssozialistischen Gewerkschaften, was später zu zahlreichen trotzkistischen *Vierten Internationalen* führte.

Als Reaktion auf diese Entwicklung wurde im Dezember 1922 in Berlin von zehn anarchosyndikalistischen Organisationen (unter anderem aus Argentinien, Belgien, Brasilien, Britannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und Spanien) die *Internationale Arbeiter/innen-Assoziation* neu gegründet. Die IAA besteht als revolutionäre Gewerkschaftsinternationale mittlerweile seit 85 Jahren und ist eine

Föderation aus vierzehn Sektionen in Lateinamerika, Europa und Russland (http://www.iwa-ait.org).

[2] Der Begriff **"Gewerkschaft"** wird hier gleichbedeutend mit selbstorganisierten, freien Vereinigungen von Arbeiter/innen verwendet. In anderen Sprachen heissen solche Organisationen "Union" (englisch) oder "Syndikat" (romanisch). Wenn hier also von anarchosyndikalistischen Gewerkschaften die Rede ist, dann sind damit wirtschaftliche Organisationen von Arbeitenden gemeint, die sich von den reformistischen Gewerkschaften (DGB), den "gelben" (kapitalfreundlichen) Arbeitnehmer/innen-Vertretungen oder den kommunistischen Vorfeldorganisationen durch ihre antiautoritäre Selbstbestimmung unterscheiden. Im Gegensatz zu den rein syndikalistischen oder unionistischen Gewerkschaften orientieren sich Anarchosyndikalist/innen darüber hinaus auch an den anarchistischen Prinzipien der Herrschaftslosigkeit.

[3] Der Begriff **"arbeitende Klasse"** bezeichnet alle, die für die Finanzierung ihres Leben auf den Ertrag der eigenen Arbeitsleistung angewiesen sind und die nicht von dem Kapitaleinkommen ihres Eigentums (also der Produktiviät anderer Leute) leben. Die arbeitende Klasse umfasst natürlich auch die Arbeitslosen und alle Nicht-Lohnarbeitenden (Ehrenamtliche, Hausarbeitende, Selbständige, Zwangsarbeitende), ebenso wie Arbeitsunfähige (Behinderte, Kinder, Kranke, Rentner/innen). Mit der angestrebten Auflösung aller Klassenunterschiede soll jedoch die wertorientierte Unterteilung der Lebenszeit in Lohnarbeit, soziale Arbeit oder Freizeit verschwinden.

[4] Es gibt jedoch auch anarchistische Überlegungen nach denen das **Wirtschaften** (**Ökonomie**) grundsätzlich als wertorientiertes Herrschaftssystem abgelehnt wird. Trotzdem muss die Erfüllung der einzelnen und gesellschaftlichen Bedürfnisse langfristig gleichberechtigt organisiert werden. Vor allem die mögliche regionale Konkurrenz selbstverwalteter Betriebe um Produktionsmittel und Energie wäre ein zukünftig zu lösendes Problem.
Mit der Abschaffung des Geldsystems und der Einführung einer Bedürfniswirtschaft auf Grundlage der gegenseitigen Hilfe entstehen ausserdem neue Widersprüche (Bezugsscheine, Tauschhandel, Statistiken).

[5] Wobei dann auch kein Unterschied mehr zwischen **Oben und Unten** bestehen würde, da alle Teile der menschlichen Gesellschaft auf horizontaler Ebene sich miteineinander zu einem (kon-)föderalen, globalen Bund vernetzen würden.

[6] Auch zwei Jahrzehnte nach dem Ende des **Staatskapitalismus** in der Sowjetunion (UdSSR) und ihres planwirtschaftlichen Bündnisses (RGW) gibt es noch einige marxistisch-leninistische Diktaturen, wie China, Kuba und Nordkorea, die in Sachen Militarismus und Industrialisierung versuchen die privatkapitalistischen Staaten noch zu übertreffen.

Auch die neugewählten sozialistisch-sozialdemokratischen Staatschefs in Lateinamerika versuchen, wie Hugo Chavez in Venezuela, mit autoritären Mitteln (Verstaatlichung und Präsidialdekrete) ihre Macht gegenüber den sozialen Bewegungen der Bevölkerung zu festigen. Jede Form von Kritik und Opposition gegen die Regierung wird als konterrevolutionär bezeichnet und mit Repression bekämpft.

Politisch und militärisch feiert der (inter-)nationale Sozialist Chavez den Schulterschluss mit dem islamistischen Mullah-Regime im Iran und dem weissrussischen Diktator Lukaschenko als anti-amerikanische "*Achse der Guten*". Der Militarist Chavez beschimpft den US-Präsidenten Bush junior medienwirksam als "den Teufel", aber gleichzeitig schliesst die Regierung Venezuelas milliardenschwere Geschäfte mit US-amerikanischen Öl-Firmen (wie Chevron) ab und verkauft ihnen die grössten staatlichen Ölvorkommen der Delta Plattform.

Gleichzeitig versucht das Wirtschaftsbündnis ALBA nun die Nationalökonomien von Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua als regionale Gegenmacht zu der US-Freihandelszone (FTAA) und dem südamerikanischen Wirtschaftsbündnis *Mercosur* aufzubauen.

Tipps und Tricks gegen die Überwachungsindustrie



Auch wer nichts zu verbergen hat,
kann für seine Grundrechte kämpfen!

Nicht jeder weiss genau Bescheid über den weit verbreiteten Datendiebstahl - ob erlaubt oder verboten. Dabei sind die vielen Verstösse gegen das Recht auf Privatheit und Redefreiheit, die wie ein Vorgeschmack auf den Überwachungsstaat aus dem Roman „1984" wirken, schon lange bekannt.

Aber die zahlreichen Warnungen vor dem „Gläsernen Bürger" werden in der **Big-Brother**-Selbstdarstellungsgesellschaft kaum noch ernst genommen. Daher sollte man versuchen sich mit den Mitteln, die jedem selbst zur Verfügung stehen, gegen die zunehmende Kontrolle der **staatlichen und privaten Überwachungswirtschaft** zu wehren. Denn: Wer will schon ständig verdächtigt und ausspioniert werden?

Die Überwachung ist - von der direkten **sozialen Kontrolle** mal abgesehen - technisch sehr weit vorangeschritten. Da gibt es zunächst die zahlreichen sichtbaren und unsichtbaren **Überwachungskameras** im privaten und öffentlichen Bereich, die die unkontrollierte Bewegungsfreiheit zunehmend einschränken.

Ausserdem werden mit Hilfe von Computern alle möglichen privaten Daten (Kontobewegungen, Adressen, E-Mails) ausspioniert und von verschiedenen Behörden und Firmen gesammelt. Der Einzelhandel will - zusätzlich zu den Kundenkarten - demnächst flächendeckend alle Produkte mit Funk-Etiketten (**RFID-Chips**) registrieren, wie sie auch in die neuen Europäischen **Reisepässe** und Personalausweise eingebaut werden. Demnächst ist zudem die elektronische **Gesundheitskarte** geplant. Auch Handys sind ein weites Feld der drahtlosen Kontrollmöglichkeiten, ebenso alle Gespräche und Nachrichten im Festnetz oder Internet.

Hier soll es nun aber vor allem um die vielfältigen **Gegenmassnahmen** gehen, die den **Alltag** anonymer und damit sicherer machen. Gegen all die **Terror-Panik** und **Angstmache**, hilft es manchmal, die Möglichkeiten der Überwachungswirtschaft zu kennen. Nur so ist es möglich auf die überall sich ausbreitende Kontrollgesellschaft zu reagieren, ohne in unbegründete Paranoia zu verfallen:

Das **Mobiltelefon** zum Beispiel ist ein heute weit verbreitetes Mittel der Kommunikation – überall quatschen und tratschen die Leute, wie es ihnen gefällt. Dass sie dabei meist unwichtige, aber dennoch private Details öffentlich ausposaunen, ist den meisten völlig egal. Wen es dennoch stört, dass jede Gesprächsverbindung und der **Standort** bzw. die Bewegungsrichtung des Anrufenden von den Betreiberfirmen aufgezeichnet wird, der sollte sich nach einer Alternative umschauen. Eine Möglichkeit wäre ein anonymes **Prepaid-Handy**, wie es sie nur auf dem halblegalen, "grauen" Markt gibt. Aber es gibt in fast allen Städten **öffentliche Telefone und Callshops**, und die sind meist sogar preisgünstiger. Also: Besser immer genügend **Bargeld** dabeihaben.

Allerdings ist im Festnetz der Versand von **SMS** etwas umständlicher, aber die werden ja ohnehin für die Behörden kopiert – zur "Terrorabwehr" versteht sich. Auch alle Faxe, E-Mails und Verbindungsdaten verschwinden seit 2007 in der staatlichen ***„Vorratsdatenspeicherung"***. Wobei alle enthaltenen Infos angeblich nach sechs Monaten wieder gelöscht werden müssen. Da bleibt jedoch genug Zeit für Polizei und Geheimdienste, um für ihre Rasterfahndung genaue Bewegungsprofile und Sozialstudien zu

erstellen. Ausserdem können Handys auch ausgeschaltet weiter mithören und senden, wenn sie illegal über Funk aktiviert werden. Im Zweifelsfall bei extrem privaten Unterhaltungen also: **Akku und SIM-Karte rausnehmen!**

Wer sich frei und unerkannt im Internet bewegen will, ist natürlich im **Internet-Café** auch gut aufgehoben. Ohne persönliche Zugangsdaten und für wenig Geld kann man dort die anonyme Meinungsfreiheit geniessen. Allerdings haben einige Inhaber zusätzlich zu den Webcams auch Überwachungskameras eingebaut! Zudem ist der Zugang zu privater E-Mail am sichersten, wenn die Verbindung zum Netz selbst nicht mitgelesen werden kann. Die verschlüsselte Browser-Verbindung mit **HTTPS** ist ein erster Schritt. Der gehobene Standard ist jedoch ein **USB-Stick** mit der freien **Anonymisierungssoftware TOR** (z.B. der *PrivacyDongle* von *FoeBud.org*). Dabei wird die Internetverbindung über verschiedene verschlüsselte Zugänge verteilt, um sich völlig ungestört im Internet zu bewegen, zu chatten oder Mails und andere Daten auszutauschen.

Leider nehmen auch die meisten Anbieter kostenloser Mailpostfächer die Sicherheit und Anonymität ihrer Kunden nicht besonders ernst. Manche schnüffeln sogar in fremder Post nach Stichwörtern und Internetlinks. Ein zuverlässiger **Freemailer** hingegen ist ***Hushmail.com***, wo es allerdings ein nur 2 MB grosses, kostenloses Postfach gibt. Das ist aber nicht nur anonym, sondern auch verschlüsselt (mit dem DSA-Algorhythmus). Internetseiten, die **anonymes Surfen** anbieten sind zum Beispiel *Megaproxy.com* (über HTTPS) und *Anonymouse.com* (nur HTTP). Eine anonyme Verschickung von E-Mail wird angeboten von *zerofreedom.homeip.net* (über HTTPS). Die sicherste Art der privaten Kommunikation ist natürlich eine starke **Verschlüsselung**. Gute Kryptographie mit gegenseitig tauschbaren Schlüsseln bietet ***Pretty Good Privacy*** - PGP (pgpi.org), am besten als freie Software von *GnuPG.org*.

Wer sich im Internet frei bewegen will, braucht einen passenden Browser. Kommerzielle Produkte, wie der *MS-InternetExplorer*, sind unzuverlässig, weil ihr Programmcode nicht bekannt ist. Ausserdem treten immer wieder dramatische Sicherheitslücken auf. Bei **freier Browser-Software**, wie **Opera** oder **Mozilla**/**Firefox**, können hingegen die plötzlich auftauchenden **PopUp-Fenster** unterdrückt werden, mit denen manche Webseite die Benutzung erschweren. So wird die Gefahr von Datenspionage (**Phishing**) reduziert und es gibt darüber hinaus Möglichkeiten für Sicherheitseinstellungen, wie das **Löschen des Verlaufsspeichers** oder das **Ausschalten von Cookies, *Java-Script* oder *ActiveX***. Neben dem Zusatzprogramm ***Popupblocker*** sind auch Suchprogramme, wie ***Spybot***, ***Virenkiller*** oder das Reinigungswerkzeug ***Webwasher*** zum Runterladen und Installieren erhältlich. Den eigenen Browser auf Sicherheitsmängel überprüfen geht bei *Heise.de*. Auch bei *kai.jks-jena.de* gibt es jede Menge aktuelle Infos über schädliche Software (**Viren, Trojaner**) oder Falschmeldungen (wie auch bei Hoax-info.de).

Besonders **Online-Banking** bietet zahlreiche Schwachstellen für die persönliche Sicherheit im Internet. Die Gefahr, dass Namen, Passwörter, Kontonummern, Kundennummern oder sonstige Informationen ausspioniert werden können, ist eigentlich grösser als der Vorteil der Bequemlichkeit. Der Weg zur Bankfiliale ist sicherer als eine schwach verschlüsselte Webseite. Das Bezahlen mit **virtueller Währung**, wie **Kreditkarten** oder ***PayPal***, birgt ähnliche Risiken solange ein stark verschlüsselter Zugang zum Internet nicht garantiert ist - von Kartenbetrug ganz zu schweigen. Ohnehin werden alle Zahlungen von **Magnetkarten** (EC, VISA, *Master*) auch abgespeichert und stehen seit dem **Aufweichen des Bankgeheimnisses** nun neben dem Kreditinstitut auch zahlreichen Polizei- und Geheimdienstbehörden offen. Daher empfielt es sich zum Beispiel die Fahrkarten für Bahnreisen entweder mit **Bargeld** zu bezahlen (auch an einigen DB-Automaten möglich) oder nur mit dem metallenen **Geldchip**, der auf vielen Geldkarten die virtuelle Währung speichert. Aber da Geldkarten (Guthabenkarten) auch Seriennummern haben, sind sie nicht völlig anonym. Mit der Verbreitung von bargeldlosem Zahlungsverkehr werden ausserdem

Menschen aus dem Alltag ausgeschlossen, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen nur mit Bargeld zahlen, wie viele Wohnungslose oder Menschen ohne legale Papiere.

Ein weiterer neugieriger Computerchip ist auf dem Vormarsch in unseren Alltag: die **Radio-Frequenz-Identifizierung (RFID)**. Der riesige Handelskonzern ***Metro*** mit seinen Kaufhäusern (***Extra, Kaufland, Mediamarkt, Praktiker, Real, Reno, Saturn***) hat bei der Einführung dieser Funk-Etiketten eine Vorreiterrolle eingenommen. Gemeinsam mit anderen Firmen ist *Metro* an einem Verbund zur Erprobung dieser unsichtbaren Kontrolltechnologie beteiligt. Auch ***Philips*** benutzt schon diese (auf mehrere Zentimeter) drahtlos übertragende Produkterkennung für seine Waren, ebenso wie ***Texas Instuments, Infineon*** und ***Intel***. Die hauchdünnen Funksender befinden sich zudem in Etiketten von ***Tchibo*** und ***Benetton***, ebenso wie auf ***Gilette***-Klingen, ***Pantene***-Shampoo und ***Philadelphia***-Käse. Auch auf einigen CD-Rohlingen wird die Produkterkennung schon benutzt. Der Vorteil für Industrie und Handel liegt dabei in der kontaktlosen Erkennung jedes einzelnen Produkts, das bisher nur über den allgemeinen Strichcode mit einem Laserscanner automatisch lesbar waren.

Dazu enthält jeder **RFID-Aufkleber** eine über Funk lesbare, einmalige **Produktnummer**, die den Weg jeder einzelnen Ware von der Produktion bis ins Verkaufsregal nachvollziehbar macht. Die Kundschaft hingegen wird mit dem Versprechen auf bargeldloses Einkaufen ohne Warteschlange gelockt, denn letztlich reicht es nun einen Warenkorb durch die Funkschranke zu schieben. Kassenpersonal wird eingespart, das Geld direkt von der **Kundenkarte** abgebucht. Wessen Kundenkarten sich gerade im Geschäft befinden, erkennt der Radioempfänger ebenfalls, denn in zahlreichen der Rabattkarten (***PayBack***) ist heute schon ein solcher RFID-Chip eingebaut. Computer können also in Kaufhäusern die **Kaufgewohnheiten** ausspionieren und der Kundschaft **gezielte Werbung** nach Hause schicken. Auch ist es nicht garantiert, dass diese passiven Funk-Chips nach dem Bezahlen nie mehr weitersenden können. Einer weiteren kommerziellen Ausgrenzung von Leuten ohne die entsprechende Kaufkraft für Markenprodukte wird damit der Weg geebnet. Wem es nicht passt, dass Firmen ungefragt die Kundenkarte ausspionieren, der kann diese entweder von vornehinein ablehnen oder aber diese Plastik-Wanzen **in Metall abgeschirmt verpacken** (Visitenkartendose oder dicke Alufolie / Kühltüte / Rettungsdecke), damit das auf 13,56 MHz sendende Radiosignal nicht zum Passivsender im Chip durchdringt und nicht zurückgesendet wird.

Auch in den neuen **EU-Reisepässen und Personalausweisen** wird ein solcher RFID-Chip eingebaut, auf dem neben der persönlichen Daten auch die **biometrischen Merkmale** (Körpergrösse und Gesichtsformen) abrufbar gespeichert sind. Damit sollen Passkontrollen an Flughäfen erleichtert werden. Allerdings weiss man nie so genau, wo und von wem diese Daten aus dem Chip abgefragt werden. Schliesslich ist die Funkerkennung eine relativ leicht nachzubauende Technik, die in der Wirtschaft immer mehr eingesetzt wird. Gegen diese Überwachungstechnologie regt sich natürlich auch Widerstand (*Stop1984.com und DerGrosseBruder.org*). Dass die RFID-Chips in der Microwelle zerstört werden können, stimmt zwar, aber das führt meist auch zur Zerstörung des umgebenden Stoffes. Das **Durchbohren** und **Zerstechen** des dünnen Blech-Chips hilft allerdings ebensogut, wie gründliches **Zerkratzen** und **Zerschneiden** - das gilt auch für die meisten anderen Datenträger (CDs, DVDs, Festplatten), die man unbrauchbar machen möchte. Wer einen versteckten RFID-Chip findet, der meist beim einfachen **Durchleuchten** erkennbar ist, kann ihn bei *stoprfid@foebud.org* melden und damit öffentlich machen.

Kenne deinen Feind...

Mehr Infos gibt es bei:
ccc.de* | *cilip.de* | *foebud.org* | *gulli.com
safercity.de* | *stop1984.com



Klein, aber garnicht fein

Mittelständische Betriebe stehen ausserhalb der meisten Arbeitsgesetze - wie können sich Arbeiter/innen dort wehren?

Der Rückgang der Arbeiter/innen-Organisationen in diesem Land [Britannien] bedeutete auch, dass die Belange der arbeitenden Klasse weitgehend von der gesellschaftlichen, wirschaftlichen und politischen Tagesordnung genommen wurden. Die Welt ist heute mehr denn je von der Mittelklasse, ihrem Lebensstil und ihren Problemen beherrscht. Eine Folge davon ist, dass die grossen Parteien ständig um die Stimmen der mittelständischen englischen Wähler/innen wetteifern. Und dass so sehr, dass sowohl die [sozialdemokratische] Labour-Partei, wie auch die [konservativen] Tories nun die Parteien der Mittelklasse geworden sind. Diese Situation erinnert an die Parteien *Demokraten* und *Republikaner* in den USA .*

Gleichzeitig sind die Ungelernten, die Niedrigbezahlten, die (Teil-) Zeitarbeitenden und Gelegenheitsjobber/innen allgemein aus dem Blickfeld verschwunden, zumindest was die Macher betrifft. Sie sind eine vergessene, machtlose und unsichtbare graue Masse geworden, die vom Glitzer und Rummel von [Premierminister] Blairs "*Schönem neuen Britannien*" ausgeschlossen ist.

Die Grundlage dieser neuen Welt besteht aus mittelständischen Geschäftsleuten. Sie werden allseits gepriesen, gleichsam als die Held/innen der Neuen Wirtschaft und als das Rückgrat des ehrlich und hart arbeitenden Fortschritts des mittelstädnischen England angesehen. Als die Verkörperung der traditionellen englischen Werte überwinden sie sowohl die alten und neuen Wirtschaftsformen, wie auch die Politik von Links und Rechts. Für [die Zeitung] *Daily Mail* sind sie das Wesen des traditionellen England im heldenhaften Kampf gegen die bevormundende staatliche Unfähigkeit.

Vorenthaltene Rechte

Von allen als Sieger/innen gefeiert, üben die mittelständischen Kleinbetriebe daher eine unverhältnismässig grosse Macht innerhalb der Gesellschaft aus. Eine Folge ist, dass Britannien hart daran gearbeitet hat, sich von der Europäischen Union abzugrenzen. Haufenweise Gesetze, die darauf abzielen den schlimmsten Missbrauch der Arbeitsbedingungen auf dem Kontinent [Europa] zu lindern, werden bekämpft.

Diese Regierung der [sozialdemokratischen] Labour-Partei legt den Mindestlohn weiterhin auf einer erschütternd niedrigen Stufe fest, aus Angst die Kleinunternehmer/innen zu verschrecken. Ihre gepriesene Gesetzgebung, die den Arbeiter/innen das Recht auf Gewerkschaftsarbeit zugesteht, schließen gleichzeitig diejenigen Firmen aus, die unter zwanzig Arbeiter/innen beschäftigen. Sogar von den Gesetzen zu Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sind Unternehmen mit weniger als fünf Arbeiter/innen so gut wie ausgenommen.**

Diejenigen, die in den Kleinbetrieben arbeiten, werden dabei nicht gefragt. Die Macht des Mittelstands bedeutet, dass er sogar in seinem bitteren Widerstand gegen jede Sozialgesetzgebung noch als Held der Arbeiter/innen gefeiert wird. Allerdings nicht von den Arbeiter/innen selbst, musss man sagen. Die Kleinunternehmer/innenwerden wegen ihrer Verweigerung der Sozialgesetze nicht als reaktionär angesehen, sondern ihr Hauptanliegen sei angeblich Arbeitsplätze zu sichern.

Dazu passt, dass selbst die nur mäßig fortschrittliche Gesetzgebung weitgehend als Risiko für eben jene Arbeiter/innen angesehen wird, denen sie eigentlich helfen sollte. Natürlich bleibt all dieser Quatsch in der Presse oder den Medien allgemein derzeit ohne den kleinsten Widerspruch. Kritik an Kleinbetrieben ist nicht erlaubt - und dazu können alle Schattierungen der Mainstream-Meinung zustimmen.

Bedrängen und Bedrohen

Ein Bericht von Arbeiter/innen, die sich an das *Citizens Advice Bureaux* [Bürger/innen-Beratungsbüro, CAB] im Nordosten [des Landes] gewendet hatten, konnte diese Informationssperre durchbrechen und die wahre Natur der Kleinkapitalist/innen enthüllen. Ein Katalog von Bedrohungen und Tyrannisierung durch die Manager/innen wurde samt Beispielen zusammengestellt. So gab es den Fall von Arbeiter/innen, die nach einer Lohnerhöhung (die "zufällig" gleichzeitig mit der Einführung des Mindestlohns stattfand) feststellen mussten, dass ihnen jetzt neun Pfund [etwa 16 Euro] für Teepausen und die verwendete Milch abgezogen worden sind.

In einem anderen Fall, der hervorgehoben wurde, waren Arbeiter/innen in einem Blumengeschäft betroffen, die die Dreistigkeit gehabt hatten, ihren Mindestlohn zu fordern. Als sie sich Unterstützung suchten, reagierte der Besitzer mit den Worten: "*Mit meinen Teitzeitkräften kann ich machen, was ich will - Rausschmeißen, Stunden kürzen oder grundsätzlich wie Scheiße behandeln.*" Weitere Untersuchungen des [Beratungsbüros] CAB im ganzen Norden [des Landes] enthüllten vergleichbare Beispiele. Wie der Fall von den Putzleuten, denen der Mindestlohn versprochen wurde, aber denen dann ein Formular gegeben wurde, auf dem stand, dass sie von nun an Selbständige seien. Würden sie es unterschreiben, hätten sie ihren Arbeitsvertrag aufgelöst. Würden sie es nicht unterschreiben, wären sie gefeuert.

Die geschäftsfreundliche TUC

Als Stellungnahme zu diesem Bericht ließ [der Gewerkschafts-dachverband] TUC, der immer ängstlich darauf achtet ausgleichend zu erscheinen und sein wohlgepflegtes geschäftsfreundliches Bild nicht zu gefährden, verlautbaren: Einerseits würden viele Firmen die Mindestlohngesetze anerkennen, aber andererseits würden viele Firmen die Regeln weit auslegen. Die *Millfield House Foundation*, die nicht an die geschäftsfreundliche Ethik der TUC gebunden ist, war in ihrem Kommentar ein wenig direkter und gab bekannt: Die Studie bietet einen "*verstörenden Einblick in das Arbeitsleben von Leuten in Niedriglohnjobs (...). Nach Reichtum und Einkommen ist Britannien eine der ungerechtesten Gesellschaften in der entwickelten Welt.*"

Die Stiftung ruft nun nach verstärkten Kontrollen mit mehr Hausdurchsuchungen von Finanzamt-Teams. Solch ein Szenario wird höchstwahrscheinlich nicht von einer Regierung geduldet, die die Entregelung des Arbeitsmarktes und die Freistellung der Kleinunternemen für das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit hält. Sie glaubt irgendwie, dass die beste Art von Hilfe für Niedriglohnarbeitende darin bestehe, die [staatliche] Unterstützung zu kürzen und die einschränkenden Arbeitsgesetze zu entschärfen. Auch glaubt die Regierung, dass es der richtige Weg zur Ermächtigung der Arbeiter/innen ist, sie in Jobs zu zwängen, in denen sie ausgebeutet, bedroht und grundsätzlich "*wie Scheisse*" behandelt werden.

Obwohl wir uns als Anarchosyndikalist/innen bewusst sind, dass ein grundsätzlicher Wandel nicht durch Gesetze kommt, begrüßen wir trotzdem jede Gesetzgebung, die ein bischen Schutz für Geringverdienende bringt. Da bei handelt es sich um etwa 40 % der arbeitenden Bevölkerung - diejenigen, die in Schwarzarbeit schuften, nicht mitgerechnet.

Den Chef herausfordern

Arbeit ist eine soziale Tätigkeit. Innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse, die zwischen Arbeiter/innen und ihren Chefs bestehen, werden letztere immer Einschüchterung und Schikane benutzen, um die Gesetze zu umgehen - falls die Macht des Managements nicht eingeschränkt wird. Die Androhung einer Kündigung ist ein machtvolles Mittel der Einschüchterung. Der einzige Weg das Machtverhältnis am Arbeitsplatz zu erneuern ist die Organisierung. Einmal organisiert, können die Arbeiter/innen das Recht der

Manager/innen den Betrieb zu führen in Frage stellen - eine direkte Herausforderung der Quelle ihrer Macht.
Für den größten Teil der Nachkriegszeit [nach 1945] lag es an der Arbeitsplatzorganisation, dass die Belange der Arbeitenden ein allgemeines Thema waren. Durch die Macht ihrer Organisierung konnten sie nicht ignoriert werden. Sie waren sehr gut sichtbar und der Auftritt der Vertrauensleute in den Medien, die ihren Forderungen eine Stimme gab, war eine fast tägliches Bild. Nur durch eine Rückkehr zu so einer Kultur von Macht und Widerstand am Arbeitsplatz kann die arbeitende Klasse wieder sichtbar werden.

Macht und Kontrolle

Die gesetzgebung mag hilfreich sein, aber sie ist niemals ein Ersatz [für die Arbeitskämpfe]. Sie wird das Machtverhältnis am Arbeitsplatz nicht neu formen und sie kann die sozialen beziehungen, die auf der Macht basieren, weder ändern noch in Frage stellen. Vor allem nimmt die Gesetzgebung den Kampf weg vom Arbeitsplatz und überträgt ihn den Gerichten - aus den Händen der Arbeiter/innen in die Hände der Rechtsanwält/innen. Wenn eine Auseinandersetzung erstmal vor Gericht gekommen ist, werden die Arbeiter/innen bloße Statist/innen im Rätselspiel der Gesetze.

Macht entsteht nur durch Zuversicht. Für Arbeiter/innen kann dieses Selbstvertrauen nur erreicht werden durch die Übernahme der Kontrolle über unsere eigenen Kämpfe und durch die direkte Herausforderung des drohenden Chefs.

aus: "*Direct Action*" (Magazin der *Solidarity Federation* - Mitglied in der *Internationalen Arbeiter/innen-Assoziation* - IAA), Nr. 37, Herbst/Winter 2006-2007, S. 10-13, http://www.solfed.org.uk, http://www.iwa-ait.org

Übersetzung und Anmerkungen: Anarchosyndikat "*eduCat*", Köln/Bonn, 2007, http://anarchosyndikalismus.org

Anmerkungen:

[*] In Deutschland zählt sich - trotz ständig sinkender Reallöhne und damit nachlassender Kaufkraft - fast die Hälfte der Bevölkerung zur **"*Mittelschicht*"** (55 % im Westen, 40 % im Osten). Weniger Menschen sehen sich als Teil der "*Arbeiterschicht*" (33% im Westen, 54% im Osten). Als "*Obere Mittelschicht*" bezeichnen sich 10% der Westdeutschen und 3% der Ostdeutschen. Als "*Unterschicht*" hingegen möchten nur 2% im Westen und 4% im Osten bezeichnet werden.
Tatsächlich arbeitet mehr als ein Viertel der Bevölkerung an einem unsicheren oder gar gefährdeten Arbeitsplatz. Dadurch ist auch die "Mittelschicht" als Prekariat ebenfalls von Arbeitslosigkeit und der Kürzung staatlicher Unterstützung bedroht. Nicht nur die Liberalen (FDP und Grüne), sondern auch die Sozialdemokratie (SPD, PDS/Linkspartei) werben nun um diese Wähler/innen-Stimmen. Sie alle versprechen, das Sicherheitsbedürfnis des vom globalen Kapitalismus betroffenen, mittelständischen Kleinbürgertums trotzdem zu erfüllen.

[**] In Deutschland gelten viele **Arbeitsschutzgesetze** nur in Betrieben mit mehr als zehn Arbeiter/innen.



Vom Laien für Kenner:

Cuisine du peuple

Veganes Sammelrezept Nr.1

"Rosenkohl-Reis mit Walnüssen"

Wir nehmen pro Person etwa zwei Handvoll **Rosenkohl** und schälen die inneren Blätter (äussere Blätter und Stiele wegschmeissen) einzeln mit einem kleinen Messer ab.

Zwischenzeitlich kochen wir den **Reis** im **Topf** (eine Handvoll pro Person in doppelt soviel **Salzwasser** etwa 20 min lang).
Im Reiswasser kann man auch noch ein paar geschälte (oder geputzte) und geviertelte **Kartoffeln** mitkochen.

Dann erhitzen wir **Rapsöl (oder Bratöl)** in einer grossen **Pfanne** oder einem Wok und geben dünne **Karotten**scheiben und dicke **Zwiebel**würfel hinein. Dazu kommen dann die einzelnen rohen Rosenkohlblätter.

Alles wird goldbraun bis kross mit **Walnüssen** und **Sesam**körnern angebraten und schliesslich abgeschmeckt mit **Pfeffer, Salz,** wenig **Muskatmehl, Kümmel (oder Cumin)** und **Knoblauch**.
Wer mag, kann dazu eine **Sojasahne**-Sauce mit **Curry oder Ingwer** machen.

Bon Appetit!



Statt Betriebsrat und Parlament:
Wahlboykott und Direkte Aktionen!